

es aber auch, Kritik anders zu denken, ein Thema, an dem die Philosophin Kathrin Thiele (2012) arbeitet. Ihr geht es darum, Kritik nicht als distanzierte Ablehnung, nicht als objektiven Blick von außen oder oben zu denken, d.h. von der Position eines autonomen Subjekts. Ihr feministischer Einsatz entwirft Kritik als affirmative Einmischung, welche sich in eine Situation begibt, um sie teilnehmend nachdrücklich zu verändern. Die komplexe Kraft, die eine solche Repositionierung entfaltet, nicht zuletzt, wenn man sie als kritische Einmischung in die aktuelle Politik des Wissens denkt, ist nicht zu unterschätzen.

Literatur

Barad, Karen, 2003: Posthumanist Performativity: Toward an Understanding of How Matter Comes to Matter. In: *Signs: Journal of Women in Culture and Society*, 28 (3), 801-831.

Bunz, Mercedes, 2007: Von wegen befreit! Im flexibilisierten Kapitalismus ist Überforderung die neue Unterdrückung. In: Katalog Migros Museum für Gegenwartskunst: It's Time for Action (There Is No Option). Zürich 2007.

Bunz, Mercedes, 2013: Zeitgenössische Verschiebungen der Macht am Beispiel des Begriffs Arbeit. In: *Standpunkte* 1/2013. Internet: <http://www.rosalux.de/publication/39232/ein-besuch-beim-neuen-monster.html> (06.08.2013).

Hallward, Peter, 2005: The Politics of Prescription. In: *South Atlantic Quarterly*, 104 (4), 769-789.

Haraway, Donna, 2010: When Species Meet: Staying With the Trouble. In: *Environment and Planning D: Society and Space* 28 (1), 53.

Thiele, Kathrin, 2012: In Critical Condition or Fully Out of Steam? Critical Thinking Today, Vortrag gehalten bei „Gegen/Stand der Kritik“, International Conference DFG-Graduiertenkolleg 'Lebensformen und Lebenswissen', Berlin, 28.6.2012. Unveröffentlichtes Manuskript.

Leider nichts Neues: Über die Marginalisierung der Geschlechterforschung am OSI

NICOLA NAGY. JULIA SCHEURER

„Ohne die Reflexion der Kategorie Geschlecht wäre seriöse Forschung in zahlreichen Fächern kaum möglich.“ Dass die Geschlechterforschung an der Freien Universität (FU) Berlin trotzdem seit den späten 1990er Jahren einen Rückzugskampf führt, scheint angesichts dieser Aussage verwunderlich. Immerhin stammt das Zitat von FU-Präsident Peter-André Alt, der 2011 mit diesen Worten das Interdisziplinäre Zentrum Geschlechterforschung eröffnete.

Neues aus Lehre und Forschung heißt diese Rubrik; zu berichten gibt es jedoch in Bezug auf feministische Wissensproduktion am Otto-Suhr-Institut – leider – nichts

Neues: Die letzten Wochen des Sommersemesters 2013 boten ein fulminantes Finale einer seit Jahren laufenden Marginalisierung und Verdrängung der institutionalisierten Geschlechterforschung. Das verbindliche Seminar mit Genderschwerpunkt für alle Bachelor-Studierenden, das Gender-Modul im Master, sowie der (allerdings kostenpflichtige) Master Gender- und Diversity-Kompetenz gehören mittlerweile der Vergangenheit an. Was bleibt da noch? Einzig die Neubesetzung der im Strukturplan 2004 verankerten Professur, deren Denomination bisher „Rechtliche Grundlagen der Politik, Gender und Diversity“ lautete.

Eine kurze Skizze dessen, wie die Debatte über die Ausschreibung zur Neubesetzung dieser Professur der letzten Wochen verlief, soll aufzeigen, dass sich die Personen mit Einfluss am OSI und das Präsidium der FU scheinbar einig sind, wenn es darum geht, Finanzkürzungen durch eine Marginalisierung der institutionalisierten Genderlehre auszugleichen. Die Lippenbekenntnisse von Präsident Alt verlieren in Zeiten erhöhten Sparzwangs an Relevanz. Deutlich wird, dass OSI und FU nicht konsequent anerkennen, dass Gender als essentieller Bestandteil von Wissenschaft nicht einfach getilgt werden kann.

Schon lange haben wir als Fachschaftsinitiative (FSI) am Otto-Suhr-Institut die Entwicklungen um die Neubesetzung der Professur mit großer Wachsamkeit verfolgt. Schließlich wurde uns eine offene Diskussion darüber versprochen, die auf neue Kapazitäten für die Genderlehre hoffen ließ. Im Institutsrat wurden wir dann aber mit dem Vorschlag des Professoriums konfrontiert, die Ausschreibung der Professur „Rechtliche Grundlagen und Geschlechterforschung“ in „Politik und Recht“ zu ändern. Dass damit die letzte institutionalisierte Genderlehre am OSI abgeschafft würde, schien neben uns lediglich die Frauenbeauftragte und eine einzige Professorin zu tangieren.

In den Gremien wurde Druck aufgebaut: Um Kürzungen zu vermeiden, sei eine zeitnahe Entscheidung unbedingt notwendig. Trotz Zeitdruck sahen wir die Chance, mit Unterstützung der zentralen sowie dezentralen Frauenbeauftragten und zumindest einer Minderheit der Professor_innen einen Gegenvorschlag zur geplanten Ausschreibung „Politik und Recht“ durchzubringen. Nach zahlreichen Gesprächen mit über- und unterrepräsentierten Statusgruppen unterbreiteten wir unseren Kompromissvorschlag: „Konstitution politischer Ordnungen, Gender und Diversity“. Die Möglichkeit, dass dieser Kompromissvorschlag eine Mehrheit finden könnte, schien real. Die Abstimmung darüber wurde allerdings im letzten Moment mit dem Argument verhindert, dass der Ausschreibungstext zu eng gefasst sei. Es solle recherchiert werden, wer diese Kriterien überhaupt erfüllen könne. Tatsächlich fällt es nicht schwer, geeignete Personen zu finden, welche die durch den Kompromissvorschlag der Fachschaft geforderten Kriterien erfüllen könnten. Die von uns vorgelegte Liste potentieller Bewerber_innen für die Professur wurde jedoch mit weitgehender Nichtachtung gestraft.

Nach und nach hatte sich die Stimmung gegen den studentischen Kompromissvorschlag gewandt; auch die dezentrale Frauenbeauftragte und die wenigen zunächst

unterstützenden Professor_innen änderten ihre Meinung. Was genau diesen abrupten Meinungsumschwung bewirkte, ist uns unklar. Wir nehmen an, dass seitens der Gegner_innen im Professorium entsprechend interveniert wurde. Aktuell steht zur Diskussion, die Professur mit dem Schwerpunkt „Konstitution politischer Ordnungen und Diversity“ zu denominieren. Gender ist aus der Denomination verschwunden. Immerhin konnten wir als Muss-Anforderungen „Kenntnisse der Staats- und der Institutionentheorie inklusive feministischer Theorien und Kenntnisse der politisch-rechtlichen Gestaltung von Gender und Vielfalt“ erstreiten.

Neben der Auseinandersetzung um die Besetzung der neuen Professur in den Gremien des Instituts war und ist (!) es unerlässlich, dass sich nicht nur eine kleine Gruppe von Studierenden für Gender einsetzt. Gender betrifft alle – Studierende und Lehrende – und in gleichem Maße ist die Streichung von Gender aus der Denomination der neuen Professur folgenreich für das gesamte Institut. Der Fachschaftsinitiative war es daher wichtig, möglichst viele Studierende dafür zu sensibilisieren, wie es um die politikwissenschaftliche Reflexion der Kategorie Geschlecht und damit auch um feministische Wissensproduktion und -vermittlung am Institut bestellt ist; es ging also insbesondere darum, auf die prekäre Lage der Genderforschung aufmerksam zu machen. Wichtig erschien dies nicht zuletzt, da die Auseinandersetzung um die Denomination und Besetzung der neuen Professur in Hinterzimmern stattfand und dadurch vom größten Teil der Studierenden nicht mitverfolgt wurde. Deshalb organisierten wir Ende Mai eine Podiumsdiskussion mit dem Titel „Klimawandel am OSI! – Gender schmilzt dahin“ sowie ein zweitägiges Programm im Juni zu „Gender und Vielfalt der Lehre“. Trotz meist gut besuchter Veranstaltungen gab es leider keinen nennenswerten Zuwachs an studentischem Engagement für die institutionelle Verankerung der Genderlehre am OSI.

Wie geht es weiter? Die Entscheidung um die Denomination scheint gefallen, Gender ist nicht Teil des Titels der Ausschreibung und damit nicht entscheidend für die Vergabe der Professur. Was bleibt? Es bleibt, sich weiterhin für Gender und feministische Wissensproduktion am Institut stark zu machen. Denn wie sich zeigt, sind sowohl Lehrende als auch Studierende am OSI schon jetzt mit Gender nur am Rand konfrontiert – Geschlechterforschung stellt mehr ein Angebot für Interessierte als einen relevanten Bestandteil des allgemeinen Studiums dar. (Kritische) Politikwissenschaft hat jedoch die Aufgabe Herrschaftssysteme aufzudecken und zu analysieren. Da Gender neben „Rasse“ und Klasse eines der allgegenwärtigsten und damit relevantesten Herrschaftssysteme darstellt, muss es – wie Präsident Alt richtig erkannt hat – in seriöse politikwissenschaftliche Forschung einbezogen werden.